

In Bad Godesberg beschlossen

Überragende Mehrheit für SPD-Grundsatzprogramm

Brückenschlag von Arbeiterpartei zur jungen Generation

Von unserem Korrespondenten Rolf Winter

BAD GODESBERG

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ein neues Grundsatzprogramm. Ein außerordentlicher Parteitag der SPD, der unter ungewöhnlich starker Beteiligung in- und ausländischer Beobachter drei Tage lang in Bad Godesberg tagte, gab dem vom Parteivorstand vorgelegten Entwurf mit überragender Mehrheit seine Zustimmung. Nur 16 der 340 Delegierten stimmten gegen das Programm, nachdem zuvor seine einzelnen Abschnitte mit wechselnden, aber immer klaren Mehrheiten gebilligt worden waren.

In seinem Schlußwort sagte der SPD-Vorsitzende

Erwartungsgemäß konzentrierte sich die Debatte über den Programmentwurf auf die Punkte „Landesverteidigung“, „Wirtschafts- und Sozialordnung“ und auf die Frage, welches Verhältnis die SPD zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften einnehmen solle. Obwohl aber eine Anzahl von Diskussionsrednern in zum Teil scharfen Formulierungen forderte, den Programmentwurf des Vorstandes in diesen Punkten zu ändern, ergaben sich bei den Abstimmungen durchweg klare Mehrheiten für den Vorstandsentwurf. Seine Kernpunkte, die die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Delegierten fanden, lauten:

● Die SPD bejaht die Landesverteidigung, erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone

der Entspannung und fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel in der ganzen Welt. Sie fordert, daß atomare und andere Massenvernichtungsmittel in der Bundesrepublik weder hergestellt noch verwendet werden dürfen.

● Die SPD fordert eine internationale Rechtsordnung, die über eine eigene Exekutive verfügt und der sich alle Völker unterwerfen müssen.

● Sie proklamiert als das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik einen „stetig wachsenden Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung“. Sie hält die gegenwärtige Verteilung des Einkommens und Vermögens für ungerecht.

Erich Ollenhauer, das neue Programm sei ein „Programm der Offensive für Freiheit und Menschlichkeit, für alle Menschen in diesem Lande“. Mit dem neuen Programm werde eine Brücke geschlagen „von der großen Tradition der Arbeiterpartei zum Wollen, Denken und Fühlen der jungen Generation“. Ollenhauer nannte das neue Grundsatzprogramm ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Das Programm solle kein Dogma sein, und es sei nicht für die Ewigkeit geschrieben. Die neuen politischen und geistigen Grundlagen brächten die SPD aber ein großes Stück voran auf dem Wege, als Partei des Volkes entscheidenden Einfluß in der Bundesrepublik zu gewinnen.

gerer aus Gewissensgründen von keiner Partei übertreffen lassen werde, bezeichnete es aber als ausgeschlossen, daß sie sich militärisch allein auf die schmale Basis der Kriegsdienstverweigerer stelle.

Der Kampf der SPD gegen die Militärpolitik der Bundesregierung, sagte Wehner, „ist eine Sache, die um so besser, um so erfolgreicher durchzuführen ist, je unmißverständlicher unser Bekenntnis zur Landesverteidigung ist.“

Den Delegierten, die gefordert hatten, die SPD solle die Ablehnung der Wehrpflicht in ihr Programm aufnehmen, sagte der Bundestagsabgeordnete Erler, die Partei bleibe unter den gegenwärtigen nationalpolitischen Bedingungen bei der Ablehnung der Wehrpflicht, wolle sie aber nicht eigens in das Programm aufnehmen. Erler forderte, wie zuvor Herbert Wehne, die SPD auf, sich um einen guten Kontakt zu den Angehörigen der Bundeswehr zu bemühen und in den Soldaten „Bürger in Uniform“ zu sehen. Man müsse die Einrichtung der Bundeswehr als eine Einrichtung des Staates verstehen. Diesen Staat aber dürfe man nicht von außen, sondern von innen betrachten.

„Wir bekämpfen nicht den Staat“, rief Erler unter lebhaftem Beifall, „sondern eine falsche Politik der Regierung. Wir kämpfen nicht gegen den Staat, sondern um den Staat.“

Einen zweiten Höhepunkt erlebte der außerordentliche Parteitag bei der Beratung der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmpunkte, bei der es u. a. um die Frage ging, welches Verhältnis die SPD heute zum Marxismus

(Fortsetzung Seite 2)

Bekenntnis zum freien Wettbewerb

● Die SPD hält die freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl für entscheidende Grundlagen, einen freien Wettbewerb und eine freie Unternehmerinitiative für wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Sie lehnt jede totalitäre Zwangswirtschaft ab, bejaht den freien Markt und tritt für die „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ ein, die einen freien Wettbewerb verhindert. Ausdrücklich fordert sie die Stärkung mittlerer und kleiner Unternehmen und bezeichnet Gemeineigentum als eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle.

● Der Staat soll als Sozialstaat Daseinsvorsorge für seine Bürger treffen und durch Verschmelzung des demokratischen Gedankens mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken

● Sie achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften und erklärt ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

● Die SPD bestreitet den Kommunisten das Recht, sich auf sozialistische Traditionen zu berufen.

Die Entscheidung über das Bekenntnis der SPD zur Landesverteidigung fiel bereits am Sonnabend nach einer langen Debatte, in der mehrere Redner gefordert hatten, die Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht in das Programm aufzunehmen. Außerdem bezeichneten einige von ihnen den wehrpolitischen Teil des Programmentwurfs als fragmentarisch.

Demgegenüber warnte der stellvertretende Parteivorsitzende Wehner die Delegierten davor, sich die Stellungnahme zur Landesverteidigung zu leicht zu machen.

Wer sich zur demokratischen Grund-